



ProDG-Fraktion/Liesa Scholzen
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Plenum vom 19. November 2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Resolution Absicherung KHStandorte 19.11.2017

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament.

Der von den Mehrheitsfraktionen eingereichte Resolutionsvorschlag zur künftigen Absicherung der Krankenhausstandorte in der deutschsprachigen Gemeinschaft, ist zu einer Resolution geworden, die heute von allen in diesem Parlament getragen wird. Wir begrüßen diesen Konsens ganz ausdrücklich!

Die Resolution steht in Kontinuität zu der am 24. Februar 2014 verabschiedeten Resolution. Die 2014 verabschiedete Resolution hatte ein Ziel: die Absicherung der Grundfinanzierung kleinerer Krankenhäuser im ländlichen Gebiet, insbesondere im Gebiet deutscher Sprache. Warum brauchen wir also eine weitere Resolution zu diesem Thema?

Ganz einfach: Weil sich die Landschaft auf diesem Gebiet weiter verändert hat. Wir stehen vor neuen Herausforderungen und auch vor neuen Verantwortungen, die die DG im Rahmen der 6. Staatsreform übernommen hat. Ausserdem steht eine föderale Gesundheitsreform bevor die seitens Maggie de Block ausgearbeitet wurde, die nicht nur strukturelle Änderungen mit sich bringt sondern auch Einsparungen im Gesundheitsbereich.



Wie diese Reform im Detail aussieht, ist weder uns, noch den Krankenhäusern zum jetzigen Zeitpunkt bekannt. Nur grobe Richtlinien sind gegeben und es gilt sich auf alle Eventualitäten, wie beispielsweise Bettenabbau, vorzubereiten. Fest steht, dass die Krankenhauslandschaft in 25 lokoregionale Netzwerke eingeteilt wird, die jeweils eine Bevölkerungsspanne von 400.000 bis 500.000 Personen abdecken soll. Wie die Bildung dieser Netzwerke genau aussieht ist noch unklar, allerdings entsteht eine neue Konkurrenzsituation, da in einem Netzwerk nicht mehr alle Gesundheitsdienste in allen Krankenhäusern angeboten werden sollen.

Es ist also wichtig, die Position unserer Krankenhäuser zu stärken, damit sie als gleichberechtigter und gleichwertiger Partner in einem Netzwerk bestehen können. Es darf nicht passieren, dass die Krankenhäuser der DG automatisch in ein frankofones lokalregionales Netzwerk eingebunden werden und die medizinische Gesundheitsversorgung in deutscher Sprache wegfällt. Ausserdem muss die Entscheidungsgewalt der KH maximal autonom bleiben und darf in Zukunft nicht gänzlich durch einen dominanten, französischsprachigen Partner untergraben werden. Aus diesen Gründen fordern wir ein Netzwerk, in dem sich die Krankenhäuser gemeinsam ihre Partner frei aussuchen können!

Wir teilen hier die Meinung der 9 Bürgermeister unserer Gemeinden, die ebenfalls eine Resolution zu diesem Thema verabschiedet haben.

Die Gemeinden haben mit ihren Vertretern in den Verwaltungsräten eine zentrale Position inne, um die Zukunft der Krankenhausstandorte zu sichern.

Wir freuen uns, dass auch die politischen Instanzen in dieser Thematik partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Um die besten Voraussetzungen für eine starke Position der Krankenhäuser zu schaffen, wurde bereits Ende 2015 ein Kooperationsvertrag mit dem Krankenhausverband CHC unterzeichnet. Die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Krankenhäusern und auch die mit externen Partnern ausserhalb der Gemeinschaft, hat die Weichen für Netzwerkarbeit gestellt. Diese Zusammenarbeit muss weiter gefördert und vertieft werden. Auch die



Schaffung von geteilten Diensten muss weiter vorangetrieben werden, so wie das zum Beispiel im Labor der Fall ist. Nur in Partnerschaft haben unsere Krankenhäuser eine Chance, nachhaltig zu bestehen, besonders im Hinblick auf die angestrebte Bildung von Netzwerken. Bereits 2016 ist hier im Parlament beschlossen worden, gewisse Infrastruktur- und Ausstattungszuschüsse durch die DG an die Zusammenarbeit der beiden Krankenhäuser zu koppeln. Die Investitionen seitens der DG in Infrastruktur sind entscheidend, um die Standorte zu stärken und müssen auch weiterhin getätigt werden.

Nichtsdestotrotz sind die Krankenhäuser in Ostbelgien, die kleinsten in ganz Belgien. Angestrebte Reformen bergen also große Risiken, neue Normen könnten schwer zu erfüllen sein. Unsere Regierung muss sich also weiterhin auf föderaler Ebene dafür einsetzen, dass Ausnahmeregelungen erteilt werden können, sollte es beispielsweise um den Erhalt der Notaufnahme, der Entbindungsstation oder der Kinderstation gehen. Gesundheitsversorgung muss ortsnah bleiben, zumindest wenn es um die Pflegeleistungen geht.

Im Endeffekt geht es um die Absicherung wohnortsnaher Gesundheitsversorgung in deutscher Sprache. Ja, unsere Krankenhäuser sind die kleinsten und ja, bereits jetzt werden gewisse Dienstleistungen nur durch Ausnahmeregelungen aufrecht erhalten. Aber wir denken, dass es in der Verantwortung des belgischen Staates liegt, uns eine Versorgung in unserer Muttersprache zu gewährleisten, genauso wie das für Flamen und Wallonen der Fall ist. Wir haben ein Recht darauf, in deutscher Sprache behandelt zu werden, nicht zuletzt weil unser Sprachgebiet verfassungsmäßig anerkannt und verankert ist.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.